in entschiedenen Bemühungen für die Bildung einer großen bürgerlichen Koalitionsregierung eingesetzt hat. Bemühungen, die leider durch das Versagen anderer Faktoren erfolglos geblieben sind. Er erkennt die Notwendigkeit an, daß die Reichstagsfraktion nach dem Scheitern dieser Bemühungen sich erneut zu verantwortlicher Mitarbeit in der Reichsregierung zur Verfügung gestellt hat. Auf die Dauer können die bestehenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten nur behoben werden, wenn alle Volkskräfte zusammenwirken auf dem Boden des Schutzes der Privatwirtschaft eine gesunde nationale Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik treiben und sich in der Notwendigkeit der Erhaltung des Staates und seiner Autorität in verantwortlicher Mitarbeit zusammenfinden.

Von Stadt und Land.

Aue, 7. Juli

Kirchensteuern.

Am 8. Juli 1924 hat der für die evangelisch-lutherische Landeskirche gebildete Wirtschaftsbeirat die Frage der Kirchensteuern beraten. Es sind hierbei die großen und nicht vorauszusehenden Härten anerkannt worden, die für die Heranziehung der 1922er Reichseinkommensteuer als Grundlage für die Kirchensteuer für 1924 mit sich gebracht hat. Der Wirtschaftsbeirat hat weiterhin über Abhilfemaßnahmen beraten, durch die diesen Härten entgegengetreten werden könnte. Hierbei zeigte sich, daß die vielfach zum Ausdruck gebrachte Anregung die Kirchensteuer für 1924 als Zuschlag zur Reichseinkommensteuer für 1924 zu erheben, sich zur Zeit nicht durchführen läßt. Dagegen konnte dem vom Landeskonsistorium geplantem Wege, Abhilfe zu schaffen, durchaus zugestimmt werden. Das Landeskonsistorium beabsichtigt im Wege einer generellen Anordnung die jetzt fällige Landeskirchensteuer für alle Steuerzahler auf das Dreifache des Betrages zu ermäßigen, der als weitere Kirchensteuer für 1923 am 30. Januar 1924 zu zahlen war und der 30 GPf. Landeskirchensteuer für je 100 Papiermark Landes- und Gemeindekirchensteuer für 1922 betrug. Die Kirchgemeinden sollen aufgefordert werden, ihre Gemeindekirchensteuer im gleichen Maße herabzusetzen. Damit hofft man, den weitaus größten Teil der aufgetretenen Härten beseitigt zu haben. Insoweit es noch nicht gelungen sein sollte, kann im Wege des Einzelerlasses Abhilfe geschaffen werden. Eine entsprechende Verordnung des Landeskonsistoriums soll sofort ergehen, sobald die in dieser Frage mit den Landesfinanzämtern Dresden und Leipzig angeknüpften Verhandlungen zum Abschluß gelangt sind.

Trotz aller dieser Maßnahmen wird im allgemeinen der einzelne Steuerzahler verhältnismäßig immer noch mehr Kirchensteuern zu zahlen haben, wie in der Vorkriegszeit.

Dies erklärt sich daraus, daß das früher vorhanden gewesene bewegliche Vermögen der Kirchgemeinden und kirchlichen Lehen (Hypotheken, Wertpapiere) ein Opfer der Inflation geworden ist, daß die Einnahmen aus dem land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz der Kirche einen starken Rückgang aufweisen und daß die Zuschüsse weggefallen sind, die früher vom Staat an die Kirche gewährt wurden, in diesem Jahre auch nicht mehr mit Reichszuschüssen gerechnet werden kann. Infolgedessen sind die Kirchgemeinden zur Deckung ihres Bedarfs im wesentlichen auf den Ertrag der Gemeindekirchensteuer angewiesen. Der weitaus größte Teil der Kirchgemeinden ist aber gar nicht im Stande, den eigenen Bedarf in voller Höhe aus dem Ertrage der eigenen Gemeindekirchensteuer zu decken. Als Bedarf kommen in erster Linie in Frage die Gehälter der Pfarrer und Kirchbeamten; daneben aber auch die Kosten der Instandsetzung der kirchlichen Gebäude. Zwecks ihrer Erhaltung hat seit Beginn der Kriegszeit wenig unternommen werden können, und es sind daher häufig hohe Beträge notwendig, um die Schäden der vergangenen Jahre auszubessern. Zur Deckung von all diesem Bedarf machen sich also Beihilfen aus landeskirchlichen Mitteln notwendig und diese Mittel kann auch die Landeskirche nur im Wege der Steuererhebung beschaffen. Hieraus erklärt sich die Höhe der neben den Ortskirchensteuern ausgeschriebenen Landeskirchensteuer, deren Ertrag zum weitaus größten Teil ausschließlich für Besoldungs- und Baubeihilfen an bedürftige Kirchgemeinden verwendet wird.

•

Der gestrige Sonntag, vom Wetter begünstigt, lockte eine Menge Ausflügler nach und durch unsere Stadt. Vereinspartien zu Fuß und zu Wagen sah man in fast ununterbrochener Folge, Gesang und Musik gab den Ausflüglerzügen ein bewegtes und fröhliches Gepräge. Am Nachmittag sahen unsere Bewohner ein besonders freudiges Ereignis. Unsere Kleinen machten einen Fest- und Umzug. Eine große Schar blumengeschmückter Jungen und Mädchen mit allerhand Ausrüstungen, Zierat, Wagen usw. zog nach den Schrebergärten am Schlachthof. Dort feierte der Naturheilverein Priesnitz sein Sommerfest, das in allen Stücken heiter verlief.

Die Einreise ins besetzte Gebiet. Die Besatzungsbehörden nehmen fast täglich Reisende, die das besetzte Gebiet betreten, in Geldstrafe oder in Untersuchungshaft, weil sie nur einen Paß oder einen Personalausweis, nicht aber die vorgeschriebene Einreiseerlaubnis besitzen. Die Meinung, die Einreiseerlaubnis könne an Ort und Stelle eingeholt werden, ist irrig. Vor der Einreise in das besetzte Gebiet mit mangelhaften Ausweispapieren, insbesondere ohne eine ausdrückliche Einreiseerlaubnis muß daher wiederholt dringend gewarnt werden.

Sprechtag des Versorgungsamtes Zwickau für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene am Donnerstag, den 17. Juli 1924 in Aue, Stadthaus, Zimmer Nr. 12. Auskunftbegehrende werden ersucht, dem Versorgungsamt Zwickau ihr Erscheinen möglichst einige Tage vorher schriftlich mitzuteilen, damit die erforderlichen Unterlagen mitgebracht werden können. Entstehende Fahrtkosten und sonstige Ausgaben werden ersetzt, soweit eine Bestellung zur ärztlichen Untersuchung stattfindet.

Der Streit in der Internationalen Arbeiterhilfe. Die „Dresdner Volkszeitung" erfährt, daß nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten Tempel und Radtke aus dem sächsischen Landesverband der Internationalen Arbeiterhilfe bereits schwere Differenzen in der neuen kommunistischen Leitung ausgebrochen seien, die dazu geführt hätten, daß die bisherige Sekretärin des Landesverbandes, die Abgeordnete Frau Schlag, von ihrem Posten zurückgetreten sei. Frau Schlag könne auch als Kommunistin die Arbeitsweise der Berliner Zentrale der Internationalen Arbeiterhilfe nicht mehr unterstützen.

Schiedsspruch für das sächsische Baugewerbe. Am Freitag nachmittag fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im sächsischen Baugewerbe unter Vorsitz des Landesschlichters statt. Der nachts 1¼ Uhr einstimmig gefällte Schiedsspruch setzt für das sächsische Baugewerbe einen Stundenlohn von 75 Pfennig fest mit Zuschlägen für Dresden und Leipzig.

Beibehaltung der monatlichen Gehaltszahlungen an die Reichsbeamten. Im Hinblick auf die am 30. Juni abgelaufene Gültigkeit der Verordnung über die monatliche Vorauszahlung der Reichs-Beamtengehälter sind die Beamtenorganisationen im Reichsfinanzministerium zwecks Wiederherstellung des früheren Zahlungsmodus in Form der vierteljährlichen Vorauszahlungen vorstellig geworden. Bei den Verhandlungen, die hierüber am Donnerstag im Reichsfinanzministerium stattgefunden haben, hat sich die Regierung gegenüber den Forderungen der Beamten auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt und mitteilen lassen, daß zur Zeit eine neue Verordnung ausgearbeitet wird, die die Aufrechterhaltung der bisherigen Form der monatlichen Vorauszahlung enthält. Ebenso hat das Reichsfinanzministerium es auch abgelehnt, in die von den Organisationen geforderte Ueberprüfung der Ortssondersteuer einzutreten.

Preisabbau in Bad Elster. Aus Bad Elster wird geschrieben: Nachdem vor etwa 10 Tagen im sächsischen Staatsbad Elster ein Abbau der Zimmer- und Pensionspreise eingesetzt hat, sind nunmehr auch die dortigen Kaffee- und Gasthäuser diesem Beispiel gefolgt. Es wurden die Preise für verschiedene Speisen und Getränke zum Teil bedeutend herabgesetzt.

•

Bockau. Gemeindeverordnetensitzung am 3. Juli. Anwesend 15 Gemeinde-Verordnete unter dem Vorsitz des Gemeindeältesten Engelmann, dazu der Bürgermeister und die beiden anderen Gemeindeältesten. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Verabschiedung des Haushaltplans für 1924/25, der unter Zuhilfenahme eines außerordentlichen Haushaltplanes mit rund 169 000 Goldmark abschließt. Die zahlenmäßige Ueberschreitung des Schulkassenhaushaltplans 1923/24 findet nachträgliche Genehmigung. Nach Anfertigung eines Mustersarges durch Obermeister Jungerwirt und nach Heranziehung Walter Ungers zur Sargbelieferung findet die vielumstrittene Frage der kommunalen Totenbestattung eine allgemein befriedigende Lösung. Nach lebhafter Aussprache werden die vom Verwaltungsausschuß beschlossenen Stundungszinsen und Verzugszuschläge nach den vorgeschlagenen Sätzen genehmigt desgl. die Einhebung des Wasserzinses nach den Sätzen des Nachtrags für 1920 sowie die Erhebung einer Feuerschutzabgabe zur Deckung des Fehlbetrags bei der Feuerlöschkasse. Unterstützungen wurden bewilligt den durch Hagelschlag Geschädigten in Wilthen, dem Verein für Arbeiterkolonien und dem Taubstummenverein in Zwickau. Infolge Geldmangels muß der geplante Aöputz der Schule dieses Jahr unterbleiben, es soll dafür die noch nötigere Erneuerung des Daches geschehen. Entschließung wird gefaßt in Sachen der Arbeitvergebung für den Auer Weg und in Feuerwehrangelegenheiten.

Geisingsdorf i. Sa. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Freitag in der hiesigen Schuhfabrik Mehlich. Der 60 jährige Arbeiter Gustav Deutsch geriet in die Transmission und wurde entsetzlich verstümmelt. Ihm wurden beide Füße bei den Knöcheln abgeschlagen. Gleichzeitig wurde der rechte Arm bis über den Ellbogen zermalmt. Splitternackt stürzte der Aermste von der Transmission auf den Boden. Dabei erlitt er auch noch Rippenbrüche und offenbar innere Verletzungen. Es besteht keine Hoffnung, daß der Unglückliche gesundet.

Oelsnitz. Eine verhängnisvolle Fahrt. Der noch nicht 21 Jahre alte Lastkraftwagenführer Erich Schlosser fuhr am 16. Mai d. J. mit mindestens 40 Kilometer Schnelligkeit auf der abschüssigen, von Falkenstein nach Oelsnitz führenden Straße. In Tirpersdorf prallte der Lastwagen an einen Straßenbaum, wurde zurückgeschleudert und der neben Schlosser sitzende Beifahrer Bernhard Raab wurde durch die Schutzscheibe gestoßen, die ihm die Halsschlagader durchschnitt und seinen Tod durch Verbluten herbeiführte. Wegen fahrlässiger Tötung und Außerachtlassung der nötigen Vorschrift wurde Schlosser nunmehr zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Plauen. Theater oder Schule? Für den Bau eines Requisitengebäudes nebst Zwischenhaus und Seitenbühne für das Stadttheater wurden 350 000 Mark als erste Rate gefordert. Der Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß der Bau eines Volksschulgebäudes dringender sei.

Grimma. Bürgerlicher Sieg bei den Wahlen zur Bezirksversammlung. Nach dem vorläufigen Ergebnis setzt sich die Bezirksversammlung zusammen aus 22 Bürgerlichen, 10 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten. Bei der Wahl vor vier Jahren waren 21 bürgerliche und 19 Sozialdemokraten gewählt worden.

Freiberg. Mißtrauensvotum gegen den Leiter der Amtshauptmannschaft. Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Freiberg sprach im Anschluß an einen Bericht des Bürgermeisters Werner-Sayda dem derzeitigen Leiter der Amtshauptmannschaft Freiberg, Schirmer, das Mißtrauen aus und ersuchte um seine Versetzung. Die Linke, der der Amtshauptmann angehört, hatte vorher den Sitzungssaal verlassen.

Die Untersuchung gegen den Massenmörder Haarmann.

Auf Veranlassung höherer Dienststellen ist wegen der Mordsache Haarmann durch die Weserstrom-Bauverwaltung jetzt die Leine abgelassen worden. Heute morgen ist der Staumeister von der Wasserkunst in Herrenhausen mit einer größeren Anzahl von Arbeitern erschienen, um das Flußbett nach menschlichen Knochen und sonstigen verdächtigen Sachen abzusuchen. Bis jetzt hat man mehrere Säcke mit Knochen und anderen verdächtigen Sachen gefunden. Inwieweit es sich um Knochen von Menschen handelt, wird erst die Untersuchung ergeben.

Das Vorleben des Massenmörders.

Die Sensation des Tages bilden in Hannover immer noch die Mordtaten des Händlers Haarmann, zumal jeden Tag neue Verbrechen festgestellt werden. Es sollen, wie wir schon meldeten, ihm bereits 15 Mordtaten nachgewiesen sein. Ueber das Vorleben des Haarmann wird von zuständiger Stelle in Hannover folgendes bekanntgegeben: Haarmann ist der Sohn anständiger Eltern. Kurze Zeit besuchte er die Unteroffiziersvorschule in Neu-Breisach, wurde jedoch bald wegen körperlicher Untauglichkeit entlassen. Er wurde dann mehrfach in die Lehre gegeben, hielt es jedoch nirgends lange aus. Seiner Dienstpflicht genügte er bei einem Jägerbataillon und wurde dort wegen eines Herzfehlers als Invalide entlassen. Alle Versuche der Angehörigen, Haarmann auf eine anständige Bahn zu bringen, schlugen fehl. Er verkehrte viel in Verbrecherkreisen und wurde eine sogenannte dunkle Existenz. Er handelte mit allen möglichen Sachen, alten Kleidungsstücken usw. und kam sehr häufig mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt. Er ist wegen Einbruchsdiebstahls wiederholt bestraft u. a. mehrfach mit Zuchthaus.

Bereits als Achtzehnjähriger verging er sich unsittlich an schulpflichtigen Knaben und Mädchen, doch wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt, da er nach längerer Beobachtung in der Irrenanstalt in Hildesheim für unzurechnungsfähig erklärt wurde. Sein homosexueller Trieb entwickelte sich mit den Jahren immer mehr und führte auch wiederholt zu Strafverfahren gemäß § 175 des Strafgesetzbuches gegen ihn. Die meisten Verfahren mußten aber eingestellt werden, da die Beteiligten mit ihren Aussagen zurückhielten. Als im Jahre 1918 bezw. 1919 in Hannover zwei junge Männer, die außer mit Haarmann noch mit anderen Homosexuellen verkehrt hatten, verschwanden, lenkte sich sofort der Verdacht, diese beseitigt zu haben, gegen Haarmann. Die eingeleiteten Untersuchungen blieben jedoch ohne Erfolg, weshalb das Strafverfahren seinerzeit eingestellt werden mußte. — Der Täter macht einen verhältnismäßig gefaßten Eindruck, und vermag sich auf die ihm vorgelegten einzelnen Ereignisse nur langsam zu besinnen. Die Vernehmung gestaltet sich dadurch äußerst schwierig.

40 kommunistische „Führer" als Hochverräter entlarvt.

Ueber das Ergebnis der Polizeiaktion im Reichstag und im preußischen Landtag hat am Freitag abend der in Berlin eingetroffene Reichsanwalt den Reichsjustizminister informiert. Wie verlautet, schweben zur Zeit beim Reichsgericht über 40 Hochverratsverfahren gegen kommunistische Parteiführer, die bereits soweit vorgeschritten sind, daß gegen eine Anzahl Reichstagsabgeordnete das Auslieferungsbegehren des Reichsgerichts beim Plenum des Reichstages bevorsteht. In Verbindung mit dem Vorgehen gegen die kommunistische Reichstags- und Landtagsfraktion ist seit Freitag eine strenge Kontrolle der nach Osten fahrenden Züge ebenso der Flugverbindungen nach den östlichen Staaten eingeführt worden. Auf dem Berliner Flugplatz erschienen Freitag nachmittag Beamte der politischen Polizei, um die nach dem Osten startenden Flugzeuge vor ihrem Aufstieg auf die Anwesenheit von kommunistischen Mitfahrern zu kontrollieren. Nach den vorliegenden Privatmeldungen handelt es sich in allen den Fällen, die zu der Durchsuchung im Reichstag und im Landtag geführt haben, nicht um einen versuchten Hochverrat, sondern um vollendeten Hochverrat.

Letzte Drahtnachrichten.

Ein republikanischer Tag.

Riesenburg, 7. Juli. Hier ist der erste Republikanische Tag in der Ostmark veranstaltet worden, zu dem Tausende aus Ost- und Westpreußen erschienen waren. Nach einer Vorfeier am Sonnabend begann das Fest am Sonntag mit einem Morgenkonzert und einem Feldgottesdienst. Er folgte ein Umzug der Festteilnehmer durch die Stadt zum Heldendenkmal. Nachmittags traten 3000 bis 4000 Republikaner zur Fahnenweihe an, bei der Freiherr von Brandenstein die Festrede hielt. Vom Reichspräsidenten, vom Oberpräsidenten und vom Schöpfer der Weimarer Verfassung, Abg. Dr. Preuß, waren Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Kommunistischer Ueberfall auf Stahlhelmleute.

Gera, 7. Juli. Hier sind Teilnehmer an einer Fahnenweihe der Ortsgruppe des Stahlhelm-Bundes von Kommunisten überfallen und trotz des Dazwischentretens der Landespolizei mit Eisenstangen und Messern mißhandelt worden, sodaß viele ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Herriot soll gestürzt werden.

Paris, 6. Juli. Der „Intransigeant" teilt mit, in den Wandelgängen der Kammer raune man von einem baldigen Sturz des Kabinetts Herriot. Entweder werde er im Senat, der diese Woche über die Politik von Chequers verhandele, oder, was noch wahrscheinlicher sei, in der Kammer gestürzt werden. Das Blatt selbst wünscht, daß sich diese Voraussage nicht erfüllen möge, da Herriot bis jetzt noch nicht Gelegenheit gehabt habe, sich zu erproben.

Wie Belgien denkt.

Paris, 6. Juli. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" glaubt in der Lage zu sein, den Standpunkt der belgischen Regierungskreise in den durch das englische Memorandum aufgeworfenen Fragen präzisieren zu können. Er schreibt, man sei in Brüssel keineswegs geneigt, die englische These anzunehmen und ein Protokoll zu unterzeichnen, das eine Abänderung des Friedensvertrages von Versailles darstelle, durch das man alle die Einrichtungen des Versailler Vertrages zerstören würde. Man will ein Protokoll annehmen, das unter Alliierten besprochen werde, und das dann die Deutschen annehmen müßten. Damit sei ihr Einverständnis kundgegeben, und in Zukunft würden sie nicht in der Lage sein, die Möglichkeit der Ausführung [illegible] nahmen des Londoner Berichts anzuzweifeln. Die Belgier